

Wirtschaft



Jack Lew Amerikas neuer Finanzminister ist Präsident Obama und der Wallstreet eng verbunden. 40

«Warum sollen Banken besser fahren als gewöhnliche Delinquenten?»

Professorin Monika Roth kritisiert die Finma: Diese zeige Banken, die korrupte Gelder waschen, nicht an.

Mit **Monika Roth** sprach **Andreas Flütsch**

Sie werfen der Finanzmarktaufsicht Finma vor, sie verzeihe Banken nicht, die Gelder aus korrupten Quellen weisswasche. Warum?

Mir ist es ein Rätsel, weshalb die Finma in solchen Fällen nicht konsequent Strafanzeige gegen Banken einreicht, obwohl das Gesetz sie dazu verpflichtet. Nehmen wir den Fall der Familie des ägyptischen Ex-Präsidenten Hosni Mubarak, wo man erstaunt darüber ist, dass sie Hunderte von Millionen Franken von Schweizer Banken verwalten lässt. Dabei war doch seit langem klar: Eine Bank kann nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass ein Staatschef wie Mubarak legal ein Vermögen dieser Grösse aufzubauen vermag. Woher soll das Geld stammen, wenn nicht aus öffentlichen Kassen oder Korruption?

Allein die CS verwaltet laut der «SonntagsZeitung» 300 Millionen Dollar Mubarak-Gelder. Von einer Anzeige gegen die Bank ist aber nichts bekannt.

Meine Kritik zielt nicht speziell auf diesen Fall, wo die Finma erst am Abklären ist. Mir ist wiederholt aufgefallen, dass bei Bankbeziehungen mit politisch exponierten Personen, sogenannten PEP, in der Schweiz nach wie vor ein Geldwäschereirisiko besteht, weil es an Sorgfalt bei den Abklärungen fehlt. Man muss sich auch fragen, wo die Revisionsfirmen der Banken all die Jahre hingeschaut haben, warum sie nichts gemerkt haben.

Können Sie Ihre Vorwürfe an die Finma mit Beispielen belegen?

Der Bruno-Manser-Fonds, den ich als Anwältin vertrete, hat gegen die UBS eine Strafanzeige wegen Geldwäscherei eingereicht. Die Bundesanwaltschaft hat gegen die Grossbank ein Strafverfahren eröffnet. Die UBS steht im Verdacht, von Politikern aus Sabah, einem malaysischen Bundesstaat, und ihnen nahestehenden Personen korrupt erlangte Gelder gewaschen zu haben. Auch bezüglich der Vermögenswerte der Familie Taib aus Malaysia sind - um es nett zu sagen - kritische Fragen mehr als angebracht.

Sie meinen, dass da etwas faul ist, muss eine Bank früher merken?

Im Umgang mit prominenten Politikern und ihrer Entourage gibt es eigentlich keine Ausreden mehr. Die Banken müssen Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Personen als Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken besonders sorgfältig abklären und die Herkunft der Vermögenswerte hinterfragen. Das gilt umso mehr für Länder mit einem bekannt hohen Korruptionsrisiko. Faktisch sollte man da wohl von einer Art Umkehr der Beweislast ausgehen, das heisst, die legale Herkunft der Gelder muss feststehen. Jede Bank muss wir-



«Die Beweislast sollte umgekehrt werden», fordert Monika Roth. Foto: Pixsil

kungsvolle Prozesse und Systeme haben, um PEP überhaupt zu erkennen.

Können da nur Strafanzeigen den Banken Beine machen?

Das ist gar nicht der Punkt. Auch Banken und ihre Mitarbeitenden können sich der Geldwäscherei schuldig machen, wenn sie Gelder entgegennehmen, von denen sie wissen oder annehmen müssen, dass sie aus einem Verbrechen stammen. Korruption ist eine Vortat zur Geldwäscherei. Gerichte verurteilen je-

den Drogenhändler, der sein Geld ins Ausland verschickt, wegen Geldwäscherei. Warum sollen Banken besser fahren als gewöhnliche Delinquenten?

Was ist daraus zu folgern?

Stellt die Finma in einem Aufsichtsverfahren fest, dass eine Bank Gelder von politisch exponierten Personen entgegengenommen hat, die aus korrupten Quellen stammen, muss sie zwingend Strafanzeige erstatten. Es ist dann Sache der Ermittlungsbehörden und der Ge-

richte, zu untersuchen und zu prüfen, ob der Tatbestand der Geldwäscherei erfüllt ist - oder allenfalls auch nicht. Geldwäscherei ist im Übrigen ein Offizialdelikt; das heisst, die Ermittlungsbehörden müssen von Amtes wegen tätig werden. Das geschieht in diesem Zusammenhang wohl eher selten.

Wie meinen Sie das?

Die Finma hat in der Vergangenheit immer wieder Aufsichtsverfahren gegen Banken wegen PEP-Geldern durchgeführt. Über strafrechtliche Konsequenzen wurde aber so gut wie nie berichtet.

Und wie weit betrifft das die Finma?

Die Durchsetzung des Aufsichtsrechts ist kein Ersatz für das Strafrecht; Letzteres gilt parallel, und es gilt für alle. Daher die gesetzlich verankerte Anzeigepflicht der Finma.

Erstaunt Sie die Inaktivität? Marc Branson, der als Finma-Chef aufseher die Banken überwachen sollte, taucht als Ex-Chef der japanischen UBS-Tochter im Libor-Skandal auf.

Ich bringe diese PEP-Geschichte nicht in Verbindung mit Herrn Branson. In der Finma braucht es Fachleute, die das Bankgeschäft von innen kennen. Nur Theoretiker in der Bankenaufsicht, das wäre nicht gut. Diese Durchlässigkeit zwischen Banken und Aufsicht setzt aber voraus, dass totale Transparenz hergestellt wird, wenn Probleme auftauchen wie im Fall Branson, der von seiner Vergangenheit bei der UBS eingeholt wurde. Hier wäre klärende und vertrauensbildende Transparenz wünschbar.

Diese schafft die Finma aber nicht.

Man wüsste gerne, was genau die Rolle und die Verantwortung von Branson als Chef von UBS Japan gewesen ist. Die Begründung, weshalb er trotz seiner damaligen Stellung nicht für interne Kontrollen und Prozesse mitverantwortlich war, würde ebenso interessieren wie die Antwort auf die Frage, wie er das Kontrollumfeld mitgestaltet hat. Die Ansprüche, welche die Finma an die ihr unterstellten Institute stellt bezüglich Zuordnung von Kompetenz und Verantwortung, muss sie auch für ihr eigenes Führungspersonal gelten lassen. Eine bloss formelle Verantwortung im Topmanagement der UBS - das gibt es doch gar nicht.

Monika Roth

Professorin für Finanzrecht

Die 60-Jährige Monika Roth ist Professorin für Finanzmarktrecht, Corporate Governance und Compliance an der Hochschule Luzern. Daneben amtiert sie als Vizepräsidentin des Strafgerichts Baselland und ist Partnerin der Anwaltskanzlei Roth Schwarz Roth in Binningen. Sie vertritt unter anderem den Bruno-Manser-Fonds in einem Prozess gegen die UBS. (TA)

Die Aufsichtsbehörde verteidigt sich

«Finma ist sich Anzeigepflicht bewusst»

Monika Roth hat jüngst in einem Beitrag in der NZZ den heiklen Umgang der Banken mit Geldern von Potentaten thematisiert. Dabei griff sie die Finma an: Sie falle als Aufsichtsbehörde über die Banken in der Schweiz durch Inaktivität negativ auf. Im TA-Interview erläutert Roth nun ihre Kritik. Dass es keine Anzeigen der Finanzmarktaufsicht gebe, sei umso ärgerlicher, als das geänderte Strafbuch seit 2003 ermögliche, nicht nur gegen fehlbare Banker strafrechtlich vorzugehen, sondern auch direkt gegen die Bank, sagt Roth. Korruption sei eine Vortat zur Geldwäscherei; Banken, die Gelder aus korrupten Quellen entgegennähmen, könnten sich der Geldwäscherei strafbar machen.

«Die Finma ist sich ihrer Anzeigepflicht bewusst», nimmt die Aufsichtsbehörde zu diesen Vorwürfen Stellung:

«Einen Automatismus sieht das Gesetz nicht vor.» Es sei nicht Aufgabe der Finma, «aktiv nach möglichen Straftaten zu suchen». Eine Strafanzeige komme nur infrage, «wenn dafür ausreichend klare Verdachtsmomente für eine Straftat vorliegen». Zudem müsse eine schweizerische Strafverfolgungsbehörde für den entsprechenden Fall zuständig sein. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Finma ihre Anzeigepflicht wahrnehme, seien die «konkreten Umstände im Einzelfall» zu berücksichtigen. «Im Übrigen steht es jedem frei, eine Strafanzeige zu erstatten», sagt ein Sprecher der Finma. Der Fall Sabah sei bekannt, und eine Strafbehörde damit befasst. Was die Finma nicht sagt: Den Straffall Sabah gibt es nur wegen der Anzeige von Monika Roth als Anwältin des Bruno-Manser-Fonds. (af1)

Nordafrikanische Potentaten

Fast 1 Milliarde ist blockiert

Im Zusammenhang mit dem arabischen Frühling sind in der Schweiz gemäss Angaben der Direktion für Völkerrecht Guthaben von Potentaten im Umfang von 960 Millionen Franken blockiert worden. 700 Millionen Franken stammen aus dem Umfeld des früheren ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, 60 Millionen vom Clan des tunesischen Autokraten Ben Ali und je 100 Millionen Franken aus dem Kreis des gestürzten libyschen Despoten Muammar al-Ghaddafi und des syrischen Diktators Bashar al-Assad.

Im Fall Ägyptens waren 410 Millionen Franken durch einen Beschluss des Bundesrats und 290 Millionen Franken durch die Bundesanwaltschaft gesperrt worden. Die dem Clan von Ben Ali zugeordneten 60 Millionen wurden ebenfalls durch einen Beschluss des Bundes-

rates blockiert. Während der Prozess zur Restituierung der tunesischen und der ägyptischen Gelder am Laufen ist, kann im Fall der blockierten libyschen und syrischen Guthaben noch nichts unternommen werden. Die Arbeit zur Rückerstattung libyscher Guthaben kann erst nach Aufhebung der UNO-Sanktionen aufgenommen werden. Im Fall von Syrien sind die entsprechenden Verhandlungen ebenfalls an die Beendigung der Sanktionen gebunden.

Die Schweiz hilft seit dem Ausbruch des arabischen Frühlings betroffenen Staaten dabei, mit korrekt dokumentierten Rechtshilfesuchen in unserem Land eingefrorene Potentatengelder zurückzubekommen. Juristen des Bundes reisten in nordafrikanische Staaten und erklärten vor Ort, was entsprechende Gesuche enthalten müssen. (meo)

Börse

SMI 7144 Punkte	-0.11%
Dow Jones Industrial 13471 Punkte	+0.60%
Euro Stoxx 50 2708 Punkte	+0.07%
Euro in Franken	1.21 +0.18%
Dollar in Franken	0.92 -1.14%
Euro in Dollar	1.32 +1.32%
Rendite Bundesobligationen, in %	0.66 +7 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	112.34 +0.86%
Gold (Unze) in Dollar	1673.50 +1.20%

Nachrichten

Konsumentenschutz

Apple-Händler gewähren zu kurze Garantiedauer

Seit Anfang Jahr haben Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz Anspruch auf zwei Jahre Produktgarantie. Die Allianz der Konsumentenschützer hat aber festgestellt, dass einige Verkäufer von Apple-Produkten weiterhin nur ein Jahr Garantie gewähren. In einem offenen Brief fordert die Allianz von den Verkäufern, sich an die neu im Obligationenrecht vorgeschriebenen zwei Jahre Garantie zu halten. Die Händler argumentieren, Apple selbst gewähre nur ein Jahr Herstellergarantie. Um die neue Vorschrift zu umgehen, haben einige Händler ihre Garantie einfach ganz gestrichen. In solchen Fällen gilt die vom Hersteller gewährte Garantie, die vom neuen Recht nicht betroffen ist. (SDA)

Aussergerichtliche Einigung

Apple zahlt für das Bild einer Schweizer Fotografin

Das Bild ist mittlerweile berühmt: Es zeigt ein geschminktes Auge mit einer tiefblauen Iris. Apple benutzte es bei einer Produktvorstellung zur Demonstration, wie brillant die neuen Displays sind. Das Foto hatte die Schweizerin Sabine Liewald gemacht. Apple zahlte zwar für das Bild, aber nicht dafür, es auch im Rahmen einer öffentlichen Vorführung zu nutzen. Darum wollte Liewald Apple in den USA verklagen. Nun hat sich die Fotografin aussergerichtlich mit dem Konzern geeinigt. Wie teuer ihn der Vergleich kommt, ist offen. (aba)

Spekulative Geschäfte

Deutsche Bank verdiente am Libor ein Vermögen

Die Deutsche Bank hat allein 2008 mindestens 500 Millionen Euro verdient mit Wetten auf den umstrittenen Referenzzinssatz Libor. Laut internen Dokumenten, die dem «Wall Street Journal» vorliegen, speulierte die Bank mit Einsätzen in Milliardenhöhe. (aba)

Schuldenkrise

Griechen bringen ihr Geld zurück auf die Bank

Nach der vorläufigen Rettung ihres Landes vor dem Bankrott haben die Griechen seit letztem Juni insgesamt 8 Milliarden Euro zurück zu ihren Banken gebracht. Allein im Dezember sind gemäss griechischem Bankenverband 3 Milliarden zurück auf Konten griechischer Banken geflossen. Das ist jedoch nur ein Zehntel dessen, was sie seit Ausbruch der Krise verloren haben. Seit 2009 sollen die Griechen insgesamt 87 Milliarden in Truhen und Kellern gehortet oder ins Ausland gebracht haben. (SDA)

USA

Strengere Regeln sollen neue Immobilienkrise verhindern

Mehr als fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes verschärften die USA die Regeln für das Hypothekengeschäft. Demnach müssen Geldhäuser künftig Einkommen, Schuldenstand und berufliche Position des Antragstellers vor Abschluss einer Immobilienfinanzierung klären. So sollten die Institute zu einer verantwortungsvolleren Vergabe von Immobilienkrediten gebracht werden. Die neuen Regeln gehören zu den umstrittensten der Finanzmarktreform 2010. Kritiker warnen, dass drastische Beschränkungen Kreditvergabe und Häusermarkt lähmen könnten. (Reuters)